

Auf den ersten Blick scheint es kaum eine Frage zu geben, die leichter zu beantworten wäre als die nach einem historischen „Erbe“. Was bleibt etwa vom alten Rom – um ein Beispiel zu nehmen, das uns näher liegen mag als das Britische Empire, mit dem die Deutschen wenig zu tun hatten? Der Fall scheint klar zu sein: eine Menge Ruinen, die lateinische Sprache, das römische Recht und das Christentum.

Die Ruinen – und ein paar gar nicht so ruinöse Brücken und Aquädukte – sind als anschauliche materielle Überreste unproblematisch. Latein überlebt in einer Bildungsnische. Recht und Christentum hingegen haben bis heute so viele Wandlungen durchgemacht, dass das Römische daran oft nur noch als ferne Wurzel wahrgenommen wird und vielen Menschen gar nicht mehr bewusst ist.

In der Zeitgeschichte ist es keineswegs einfacher, Erbe und Nachwirkung aufzuspüren. Vom Nationalsozialismus ist so gut wie nichts Greifbares übrig geblieben: keine einflussreiche politische Bewegung, keine in großen Teilen der Bevölkerung vorherrschende faschistische Denkweise, kaum Bauwerke, die uns als nationalsozialistisch ins Auge springen.

Dennoch sähe unsere heutige Welt ganz anders aus, wenn es das NS-Regime nicht gegeben hätte. Dann wäre der Zweite Weltkrieg nicht angezettelt worden, die USA wären vermutlich nicht zur militärischen Supermacht Nummer eins aufgestiegen, die Sowjetunion hätte sich nicht nach Westen vorgeschoben, Deutschland wäre nicht geteilt worden; vermutlich hätten die politischen Eliten Europas auch nicht die Notwendigkeit einer supranationalen Integration des Kontinents gesehen. Vermutlich.

„Vermutlich“: Das ist ein Schlüsselwort, wenn es um „Was bleibt?“-Fragen geht. Denn oft muss man „kontrafaktische“ Gedankenexperimente anstellen, um abschätzen zu können, was als Überbleibsel oder Spätfolge gelten kann. Man muss sich also etwas aus der Geschichte wegdenken und darüber spekulieren, was in einem solchen Fall hätte geschehen können.

Vom Britischen Empire „bleibt“ dann dasjenige, das fehlen würde, wenn es das Empire nie gegeben hätte. Hätten die Briten nie über Indien geherrscht, dann würden – vermutlich – dort heute nicht so viele Menschen Englisch sprechen. Also, kann man schließen, ist das Englische eine Folge des Empire. Hier haben wir es mit

einem ziemlich starken und kaum anfechtbaren „Vermutlich“ zu tun.

Auf den zweiten Blick stellt sich allerdings heraus, dass dabei keine allgemeine Regel gilt. Auch Burma (Myanmar) und Malaya (Malaysia) standen lange unter britischer Herrschaft, ohne dass sich dort das Englische als Verkehrssprache unter den Eliten durchgesetzt hätte. Es müssen also jeweils besondere lokale Umstände berücksichtigt werden, wenn man die langfristige Wirkung von Kolonialherrschaft einschätzen will.

Spekulativer wäre die Vermutung: „In Neuseeland bleibt vom Empire die Demokratie.“ Diese Aussage klingt zwar plausibel, vielleicht sogar intuitiv „richtig“. Aber auch sie beruht auf einem phantasievollen Experiment mit unbeweisbaren Voraussetzungen. Denn sie geht stillschweigend von der An-

nahme aus, dass die einheimischen Maori ohne die Hilfe britischer Kolonisatoren niemals den Weg zu demokratischen Verhältnissen gefunden hätten. Warum eigentlich nicht?

Ein drittes Beispiel führt uns noch zentraler in unser Thema hinein. In vielen nachkolonialen Staaten, besonders in Afrika, werden Probleme der Gegenwart gern den Verheerungen durch den Kolonialismus angelastet. Wenn die Europäer, so lautet das Argument, nicht gewaltsam in die fried-

fertige Welt des afrikanischen Kontinents eingebrochen wären, dann hätte sich dieser Kontinent „auf natürliche Weise“ zu Harmonie und Wohlstand entwickelt.

Eine solche Behauptung lässt sich weder beweisen noch widerlegen, und selbst ein kontrafaktisches Experiment führt nicht zu eindeutigen Ergebnissen. Einerseits zerstörte die Kolonialherrschaft gewachsene Strukturen und tat in der Regel wenig für eine wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der einheimischen Bevölkerung. Andererseits legte sie durch Investitionen in die Infrastruktur, durch Städtebau und durch

Institutionen wie ein einigermaßen funktionierendes Justizwesen Grundlagen, auf die seit der Unabhängigkeit aufgebaut werden konnte.

In jedem Fall aber ist es sehr schwierig, Missstände der Gegenwart über mehrere Jahrzehnte hinweg präzise auf die Kolonialzeit zurückzuführen. Oft wird die Schuldzuweisung an den Kolonialismus auch nur als Entlastungsargument einheimischer Eliten verwendet, die vom eigenen Versagen ablenken wollen.

Schließlich: Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen kolonialer Un-

Gedankenexperimente über das Erbe des kolonialen Zeitalters

WAS BLEIBT

Essay von JÜRGEN OSTERHAMMEL

JÜRGEN OSTERHAMMEL

Der Historiker lehrt an der Universität Konstanz Neuere und Neueste Geschichte. 2009 veröffentlichte er „Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts“. Osterhammel, 60, ist Mitherausgeber der neuen sechsbändigen Reihe „Geschichte der Welt“, die gleichzeitig im Verlag C.H. Beck und bei Harvard University Press erscheint.

terdrückung und heutigem Erfolg. (Süd-)Korea und Taiwan standen jahrzehntelang unter einem der härtesten Kolonialregime der neueren Geschichte, dem japanischen, und sind dennoch moderne Demokratien mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das dasjenige anderer Ex-Kolonien um ein Vielfaches übersteigt.

Mit all diesen Schwierigkeiten der Beurteilung im Blick: Was also bleibt vom Britischen Empire? Zwei Antworten dürften kaum umstritten sein: das Commonwealth und die englische Sprache.

Das Britische Empire ist, anders als etwa das nationalsozialistische Kriegsreich, nach seinem Ende nicht vollkommen von der Erdoberfläche gelöscht worden. Als internationaler Verband hat es sich in das Commonwealth of Nations verwandelt. Die Ähnlichkeiten zwischen Empire und Commonwealth sind allerdings in den letzten Jahrzehnten so stark geschwunden, dass diese Kontinuität von den Beteiligten kaum noch wahrgenommen wird. Die Bewohner des Commonwealth fühlen sich nicht als geknechtete Untertanen der Krone.

Die britische Politik hegte in den Jahren unmittelbar nach der Unabhängigkeit der Kolonien noch die Hoffnung, die – aus ihrer Sicht – „guten“ Seiten des Empire im Commonwealth bewahren zu können. Daher wurde im Laufe der einzelnen Dekolonisationsprozesse der Stellung der neuen unabhängigen Nationalstaaten im und zum Commonwealth eine große Bedeutung beigemessen.

Allerdings lösten sich selbst die beharrlichsten Verteidiger des Empire bald von der Illusion, unter verändertem Firmenschild ein abgespecktes Weltreich weiterführen zu können. Das Commonwealth besteht heute nur deshalb, weil britische Politiker klug genug waren, nicht zu versuchen, aus der Dekolonisation ein Schatten-Empire zu retten und das Commonwealth zu einem Werkzeug der britischen Außenpolitik zu machen.

Heute gehören dem Commonwealth 54 Staaten an – seit 1995 mit Kamerun und Mosambik auch zwei Länder, die keine britischen Kolonien waren (mit Ausnahme West-Kameruns, das 1922 als Mandat des Völkerbundes an Nigeria angeschlossen wurde). 16 Commonwealth-Länder erkennen Elizabeth II. als ihre Staatsoberhaupt an. Ob die Loyalität dabei dem Amt oder der Person der Königin gilt, ist umstritten; jedenfalls wird der Nachfolger der Queen nicht automatisch an die Spitze des Commonwealth nachrücken.

Die Symbolik der Monarchie spielt eine große Rolle beim Zusammenhalt der Gemeinschaft. Seit 1965 ist ein selbständig agierendes Commonwealth-Sekretariat unter einem Generalsekretär die Steuerungszentrale der Organisation. Der Gene-

ralsekretär, niemals ein Brite, wird nicht von der Königin, sondern von den Regierungen der Mitgliedsländer eingesetzt. Ein fundamentaler Unterschied zum Empire – vielleicht der wichtigste überhaupt – besteht darin, dass das Commonwealth keine Militärmacht ist.

Seit langem schon führt das Commonwealth ein Eigenleben. Keineswegs alle Commonwealth-Länder sind treu der britischen Außenpolitik gefolgt. Im Kalten Krieg waren manche unter ihnen neutral; Indien unterhielt sogar ausgesprochen enge Beziehungen zur Sowjetunion.

Als sich London während der konservativen Regierung von Margaret Thatcher (1979–1990) von der entschlossenen Isolationspolitik der großen Mehrheit des Commonwealth gegenüber dem südafrikanischen Apartheid-Regime distanzierte, wurde dies weithin nicht als Richtungswechsel

der Gemeinschaft, sondern als eine Selbstmarginalisierung Großbritanniens innerhalb des Commonwealth aufgefasst. Zum Zusammenbruch der rassistischen Ordnung in Südafrika hat das Commonwealth maßgeblich beigetragen; seit 1994 ist Südafrika wieder (wie vor seinem Austritt 1961) Mitglied.

Das Commonwealth wird besonders bei sehr kleinen Ländern, etwa den Mikro-Staaten der Karibik und des Pazifiks, die in den internationalen Organisationen auf Uno-Ebene nur schwer auf

sich aufmerksam machen können, als ein Forum für Kontakt und gegenseitige Hilfe geschätzt. Jährliche Konferenzen der Regierungschefs sind dabei das wichtigste Instrument. Vor allem eine Mini-Version der Olympischen Spiele, die Commonwealth-Spiele, dient der Stärkung einer eigenen Identität. Mehrere Staaten, manche sogar ohne eine Empire-Vergangenheit, haben Aufnahmeanträge gestellt.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Britischen Empire ist das Commonwealth kein Trümmerstück imperialer Größe und kein verlängerter Arm des britischen Außenministeriums, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss souveräner Staaten im Geiste britisch inspirierter Transnationalität. Selbstverständlich hat es auch seine Verächter. Sie sehen es als eine Zufallsansammlung nicht besonders bedeutender Länder, die das Pech hatten, von den Briten kolonisiert zu werden. Diese Einschätzung ist nicht von der Hand zu weisen. Das Commonwealth ist harmlos (was man über Imperien selten sagen kann), aber auch ohne nennenswerten weltpolitischen Einfluss.

Die Weltsprache Englisch ist zweifellos ein weiteres Erbe des Empire. Sie ist weniger auf britischen Bajonetten als durch die Auswanderung von Millionen von Engländern, Schotten,



Maori bei der Frankfurter Buchmesse 2012, als Neuseeland Gastland war

Waliser und Iren in der Welt verbreitet worden. Sprachen lassen sich nicht leicht aufzwingen. Die Briten haben dies auch selten versucht.

In den Siedlungskolonien konkurrierte Englisch mit anderen europäischen Sprachen, so in Kanada mit Französisch oder später im postimperialen Nordamerika mit Deutsch und Italienisch; doch die Englisch-Sprecher waren stets eine Mehrheit, und die Hegemonie ihrer Muttersprache wurde nie ernstlich angefochten. In den asiatischen Kolonien gab es lange Zeit alternative Sprachen der interkulturellen Vermittlung wie Portugiesisch, Persisch oder Arabisch.

Niemals wurden ganze koloniale Bevölkerungen auf Kosten der einheimischen Sprachen „durchangliert“. Dazu fehlte ein breit aufgestelltes Elementarschulwesen, für das die Briten kein Geld übrig gehabt hätten. Selbst das Prinzip der Anglisierung war nicht unumstritten.

In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde eine große Debatte darüber geführt, ob die Söhne der indischen Elite in europäischer oder asiatischer Bildung sozialisiert werden sollten. Das Englische setzte sich schließlich durch, aber maßgeblich auch wegen eines indischen Eigeninteresses an einer Sprache, die die Teilhabe an großräumiger Kommunikation ermöglichen sollte.

Über das Englische erschloss sich die „westliche Zivilisation“ insgesamt. Es wurde in den Oberschichten aller Kolonien zu Selbstverständlichkeit, zwei- oder mehrsprachig zu sein. Das gab den Einheimischen einen kommunikativen Vorteil gegenüber den Briten, die, von wenigen Gelehrten und aufgeklärten Kolonialbeamten abgesehen, zumeist nur Englisch konnten.

In den Befreiungskämpfen wurde die englische Sprache zur Waffe gegen die Kolonialmacht. Zum einen ließen sich in vielsprachigen Gesellschaften wie Indien Verständnisprobleme zwischen den Sprechern von Regionalsprachen nur durch ein überwölbendes Idiom überwinden. Politiker aus den verschiedenen Teilen des Subkontinents konnten sich nur auf Englisch verständigen. Zum anderen setzten wortgewaltige antikoloniale Politiker wie Mohandas K. („Mahatma“) Gandhi ihre englische Formulierungskunst gegen die Briten ein.

Heute verbreitet sich Englisch als sekundäre Bildungssprache aus Gründen, die mit dem Empire nichts mehr zu tun haben. Wenn überall an Schulen auf dem europäischen Kontinent, in Lateinamerika oder in China, also in Gebieten außerhalb des historischen Britischen Empire, Englisch die konkurrenzlos wichtigste Fremdsprache ist, kann man dies nicht länger

als Spätfolge des imperialen Zeitalters bezeichnen. In den Literaturen der anglophonen Länder wird heute großer Wert darauf gelegt, dass sich Sonderformen der englischen Sprache herausgebildet haben, dass sich also die Landschaft englischer Sprachpraxis und Sprachkunst weltweit pluralisiert.

Auch wird der fachsprachliche Reichtum des Englischen heute von keiner anderen Sprache übertroffen: Börsenmakler und Tourismusmanager, Physiker und Ökonomen kommunizieren im globalen Maßstab innerhalb ihrer jeweils besonderen englischen Sprachwelten miteinander. Kaum jemand denkt dabei an das Britische Empire zurück.

Das Empire bleibt in zahlreichen architektonischen Relikten sichtbar. Wer aufmerksam durch die Londoner Innenstadt spaziert, trifft allenthalben auf Monumente (etwa das Albert Memorial in den Kensington Gardens, gegenüber der Royal Albert Hall), Häuser und Ornamente an einzelnen Gebäuden, die an das Empire erinnern. In vielen Städten auf allen Kontinenten findet man Paläste und Gerichtsgebäude, Kirchen, Bahnhöfe und Theater, die in der Kolonialzeit entstanden und heute noch genutzt werden. Heutige Präsidentensitze hatten

ihren Ursprung oft in „Governor's Houses“ aus dem 19. oder frühen 20. Jahrhundert.

Man sieht das Empire in Museen: in historischen und völkerkundlichen Sammlungen oder in Spezialmuseen zum Sklavenhandel oder zu den Befreiungsbewegungen. Gelegentlich hört man es sogar, etwa wenn alljährlich am letzten Abend der Klassik-Konzertreihe „Proms“ (für Promenade Concerts) das Londoner Publikum Edward Elgars Marsch „Pomp and Circumstance

No. 1“ zu den Worten „Land of Hope and Glory ...“ anstimmt, eine Art inoffizieller Empire-Hymne, komponiert 1901. Britischer Patriotismus spielt dabei eine Rolle, aber kaum noch eine nostalgische Sehnsucht nach dem Empire.

In einzelnen Kolonien hielten sich Institutionen des Empire in die frühe Zeit der Unabhängigkeit hinein, auch wenn sich ihr erkennbar imperialer Charakter seither oft weitgehend abgeschliffen hat. Die Rechtsordnungen und Justizsysteme früherer britischer Kolonien folgen bis heute mit nur wenigen Ausnahmen der besonderen britischen Rechtstradition des „common law“ (Fall- und Richterrecht, das stark auf Präzedenzfällen beruht), die sich vom römisch geprägten Recht auf dem europäischen Kontinent deutlich unterscheidet.

Selbst Länder, die sich nach der staatlichen Unabhängigkeit schroff von Großbritannien abwandten (etwa Burma/Myanmar), behielten diesen britischen Rechtsrahmen bei. Obwohl sich die britische Mandatsmacht und der zionistische Nationalismus vor dem Rückzug der Briten 1948 heftig bekämpften,



Australische Briefmarke zur Hochzeit im britischen Königshaus 1981

verwendet selbst Israel trotz einer wiederbelebten jüdischen Rechtstradition in vielen Rechtsbereichen britisches Recht. Bis in unsere Tage beruht – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – das indische Strafrecht auf dem britisch-indischen Strafgesetzbuch von 1860, das seinerzeit unter Juristen weltweit als vorbildlich galt.

Auch die Verwaltungseinteilung der größten aller Kolonien folgte nach der Unabhängigkeit und Teilung von 1947 auf dem Gebiet der Indischen Republik weithin dem kolonialen Muster. Indien übernahm die Organisation der Staatsadministration auf den höheren Ebenen aus der Kolonialzeit, während der es in Südasien mit dem Indian Civil Service eine differenziertere Bürokratie gab als im Vereinigten Königreich. Am Ende der Kolonialepoche waren bereits viele Spitzenpositionen im Staatsapparat mit Indern besetzt worden, so dass der personelle Übergang nicht allzu schwer fiel. Die Indian Army der Briten wurde 1947 zwischen Indien und Pakistan geteilt, hinterließ aber die organisatorischen Fundamente für ihre Nachfolgerorganisationen.

Vormals britische Kolonien wurden nicht automatisch zu Demokratien nach dem Westminster-Modell. Es gehörte zu den selbstgefälligen und heuchlerischen Lebenslügen des Empire, es sei eine Kraft, die das Gute in der Welt verbreitete. Zu viele Gegenbeispiele von Egoismus, Arroganz und Brutalität unterminieren diese Selbstauffassung, die heute nur noch von sehr wenigen Historikern geteilt wird. Man muss allerdings einräumen, dass es unter den „failed states“ und Diktaturen der Gegenwart nicht überdurchschnittlich viele mit einer britischen Kolonialvergangenheit gibt.

Die krassesten Fälle von Staatsversagen finden sich in eher untypischen Ex-Kolonien: im Sudan, der von den Briten mit wenig Personal nur sehr oberflächlich regiert worden war, oder in Simbabwe, dem früheren Südrhodesien, das nach der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1965 bis 1979 von einem weißen Siedlerregime regiert wurde.

Ein Beispiel dafür, dass im Rahmen des britischen Kolonialismus eine gewisse Liberalität überdauerte, ist die alte Kronkolonie Hongkong, die 1842 von China an Großbritannien unter Druck abgetreten worden war. Als Hongkong 1997 vertragsgemäß an China zurückfiel, wurde es innerhalb der kommunistischen Volksrepublik zu einer Enklave, in der der autoritäre chinesische Staat den Bürgern Freiheiten gewährt, die im restlichen China bis heute unbekannt sind.

Betrachtet man nicht nur die politischen Systeme ehemals britischer Kolonien, sondern ihr gesamtes Entwicklungs-

niveau, dann fällt im Übrigen auf, dass sich nach dem Stand von 2011 auf der Rangliste des Human Development Index der Vereinten Nationen, der Lebensqualität in einem umfassenden Sinne zu quantifizieren versucht, unter den 20 Spitzenländern 7 mit einer britischen Kolonialvergangenheit befinden. Australien, Neuseeland, Kanada und sogar Israel haben dabei das Vereinigte Königreich überrundet.

Das Britische Empire reduzierte sich nicht ausschließlich auf die „formellen“ Kolonien. Es war eingebettet in einen noch umfassenderen Zusammenhang, den der in Oxford lehrende Historiker John Darwin das „British imperial system“ genannt hat. Dazu gehörten vor allem weltwirtschaftliche

Strukturen, die von Großbritannien aus aufgebaut und zum Teil auch dirigiert und manipuliert worden waren.

Von dieser britischen Sonderrolle in der Weltwirtschaft ist nicht mehr viel geblieben. Die internationale Ökonomie ist polyzentrisch geworden. Selbst New York ist nicht mehr unumstritten das Nervenzentrum der Weltwirtschaft. In gewisser Weise „imperial“ ist allerdings die immer noch erstrangige Rolle des Finanzplatzes London, die sich während der vergangenen drei bis vier Jahrzehnte sogar noch verstärkt hat. Indem die britische Wirtschaft in eine postindustrielle Phase eintrat, konzentrierte sie sich auf eben jenen Finanzbereich, der bereits vor 1914 neben der Kriegsmarine die wichtigste Stütze der britischen Weltstellung gewesen war. Eine alte imperiale Stärke wird also mit Erfolg in die Gegenwart hinein verlängert, während Großbritannien als Handelsnation und Exporteur industrieller Produkte seine einstmalige Vorrangstellung längst verloren hat.

Schließlich: Von jedem Imperium erhalten sich nach seinem Untergang Erinnerungen. Eine Weile bleiben noch die Erfahrungen von Zeitgenossen und Zeitzeugen.

Ältere Menschen in Afrika erinnern sich noch an die aufregende Zeit der Unabhängigkeit in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, während zum Beispiel die Teilung Indiens 1947 langsam aus dem lebendigen Gedächtnis verschwindet. Erinnerungen an die Kolonialzeit sind in den einzelnen Gesellschaften von unterschiedlicher Bedeutung.

Manchmal bieten sie nur noch folkloristischen Stoff für Gedenktage, so etwa, wenn man sich in Australien ohne Groll an die eigenen Anfänge als Sträflingskolonie erinnert. Unter anderen Umständen, vor allem in Afrika, ist das historische Bild der Kolonialzeit, an dem Historiker, Medien und Politiker gleichermaßen mitwirken, bis heute umstritten. Solange das Empire die Gemüter bewegt, ist die Erinnerung daran noch nicht ganz museal geworden.



Richterin am ghanaischen High Court in Accra